

Mehr als nur Zaungäste! Plädoyer für eine postmigrantische Haltung in der Demokratiebildung

Franziska Völlner¹

Einleitung

1,4 Millionen Menschen dürfen in Österreich nicht wählen (SOS Mitmensch, 2024). Das liegt nicht etwa an dem Umstand, dass sie nicht über das in Österreich geforderte Wahlalter von 16 Jahren verfügen. Vielmehr fehlt ihnen ein wichtiges Kriterium, das zur Wahlbeteiligung in Österreich (zwingend) notwendig ist: die österreichische Staatsbürger*innenschaft. Während im Land lebende EU- und EWR-Bürger*innen seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 zumindest an Kommunalwahlen teilnehmen, respektive österreichische Kandidat*innen bei der Europawahl wählen können, sind Drittstaatenangehörige von jeglicher Wahlbeteiligung ausgeschlossen. Wenn also in Artikel 1 des Bundesverfassungsgesetzes geschrieben steht: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“, wird deutlich, wer unter dem Begriff des Volkes gefasst wird und wer nicht.

Die hohe Anzahl an in Österreich lebenden Menschen, die nicht das Recht auf Stimmabgabe haben, lässt sich unter Bezug auf Sabine Achour und Thomas Gill (2021, S. 9) als eine „aus demokratietheoretischer und menschenrechtlicher Perspektive [...] problematische Konstellation“ bezeichnen. Und auch die beiden Politikwissenschaftler Gerd Valchars und Rainer Bauböck (2021) sprechen angesichts dessen von einem Demokratiedefizit. Um eben diesem vorzubeugen, reagierte die Stadt Wien bereits 2003 mit der Ausweitung des Bezirkswahlrechts. Alle Drittstaatenangehörige, die seit mindestens fünf Jahren einen Hauptwohnsitz in Wien nachweisen können, sollen ebenfalls an Bezirkswahlen teilnehmen dürfen. Ein Jahr später wurde diese Regelung jedoch durch den Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Die Begründung: Im Bundesverfassungsrecht ist ein einheitliches, an die österreichische Staatsangehörigkeit geknüpft Wahlrecht festgeschrieben, das keine regionalen Veränderungen erlaubt (Stadt Wien, 2024). Anstatt dies zum Anlass zu nehmen, auf gesellschaftliche Transformationsprozesse zu reagieren und einem Demokratiedefizit bundesweit entgegenzutreten, wird in Österreich ein Wahlrechtsregime fortgeschrieben, das auf beinahe allen Ebenen an die Staatsbürger*innenschaft gekoppelt ist. Für Gerd Valchars (2018) untergräbt diese Form des Wahlrechts nicht nur den demokratischen Grundgedanken, nämlich „dass diejenigen, die von politi-

¹ Franziska Völlner erhält das Exzellenzstipendium der Universität Innsbruck.



schen Entscheidungen betroffen sind, auch am Zustandekommen dieser Entscheidungen mitwirken sollen“. Vielmehr (re)produziert der Ausschluss gesellschaftliche Grenzen und entfaltet einen „stark desintegrativen Charakter“ (ebd.). Diese Entwicklung stellt infolgedessen ebenfalls eine Herausforderung für die Demokratiebildung von Jugendlichen und Erwachsenen dar, wenn das Motto lautet: „Was interessiert mich das – ich darf schließlich nicht wählen“ (ebd.).

Eine postmigrantische Haltung in der Demokratiebildung

An den skizzierten Ist-Zustand schließt dieser Beitrag an und plädiert für eine postmigrantische Haltung in der Demokratiebildung. Ein postmigrantischer Blickwinkel ermöglicht der Demokratiebildung, auf gesellschaftliche Transformationsprozesse zu reagieren und den ihr bisweilen innewohnenden methodologischen Nationalismus aufzubrechen. Durch diesen Perspektivenwechsel können als natürlich verklärte Einheiten wie Staatsbürger*innenrechte und -freiheiten identifiziert werden. Auch soziale Ungleichheiten und damit einhergehende (Un-)Möglichkeiten gesellschaftlicher wie auch politischer Partizipation und Teilhabe in Österreich werden im Zuge dessen benannt und anerkannt. Dieses Wissen um ungleiche Macht- und Herrschaftsverhältnisse wiederum, so die Argumentation dieses Beitrags, bildet den Ausgangspunkt und die Grundlage für die Entwicklung einer „Unbedingten Solidarität“ (Sussemichel & Kastner, 2021). Durch das strategische Nutzen der eigenen Handlungsmöglichkeiten und Zugänge können sich Privilegierte mit marginalisierten Personen und/oder Gruppen solidarisieren und dem Demokratiedefizit in Österreich entgegenzutreten. Um diese Solidarität jedoch fördern zu können und zur Etablierung von Allianzen über Differenzen hinweg beizutragen, muss eine postmigrantische Demokratiebildung auf Staatsbürger*innen wie Nicht-Staatsbürger*innen gleichermaßen ausgerichtet sein.

In welchem Verhältnis Demokratie(bildung) und FluchtMigration² stehen, was unter dem Begriff des Postmigrantischen zu verstehen ist, wie eine postmigrantische Demokratiebildung aussehen kann und was sie von bisherigen Konzepten inklusiver, differenzorientierter Demokratiebildung unterscheidet, wird im Folgenden genauer beleuchtet.

2 Der Begriff der FluchtMigration (nach Fischer et al., 2018) fußt auf der Überzeugung, dass es sich bei Flucht und Migration nicht um binäre Kategorien handelt, die entlang von Un/Freiwilligkeit differenziert werden können. Der Begriff reagiert auf hegemoniale Kategorisierungs- und Benennungspraktiken, die der komplexen und vielschichtigen Realität, warum Menschen ihre Herkunft- und/oder Aufenthaltskontexte verlassen, nicht gerecht werden. Ich verwende den Begriff, um Erfahrungen und Lebensrealitäten von Menschen als Ausgangspunkt zu nehmen und zu versprachlichen, ohne jedoch die Folgen und Konsequenzen hegemonialer Kategorisierungen relativieren zu wollen. Das Binnen-M dient dabei als Abgrenzung zum Begriff der FluchtMigration, der oftmals synonym mit Flucht verwendet wird.

Demokratie und (Flucht)Migration

In wissenschaftlichen Beiträgen zur Beziehung von Demokratie und FluchtMigration ist der Begriff „Spannungsverhältnis“ (Angeli, 2018; Schmalz, 2022) omnipräsent. Auf der einen Seite dieses Verhältnisses steht die als natürlich-verklärte und selbstverständlich erachtete (westliche) Demokratie, die sich innerhalb der Grenzen des Nationalstaates entfaltet. Demgegenüber steht FluchtMigration. Nicht zuletzt seit Castles et al. (1998) das 21. Jahrhundert als „Jahrhundert der Migration“ bezeichneten, wird sie als Abweichung der Norm entworfen. Dass FluchtMigration Gesellschaften seit Menschengedenken prägt, bleibt dabei ungesagt und unbeachtet. Wenn im politischen als auch gesellschaftlichen Diskurs dann von „Lawinen“, „Strömen“, „Massen“ oder „Wellen“ die Rede ist, ruft dies Bilder von Naturkatastrophen vor Augen, die dazu führen, dass FluchtMigrant*innen nicht nur entmenschlicht, sondern auch als Gefahr und Herausforderung für demokratisch verfasste Nationalstaaten (in Europa) gedacht werden (Jäger & Wamper, 2017, S. 94–95).

FluchtMigration als ‚Herausforderung‘ der Demokratie?

Diese empfundene Herausforderung bezieht sich nicht allein auf Themen wie die Unterbringung oder die Teilhabe von FluchtMigrant*innen am (österreichischen) Arbeitsmarkt. Vielmehr rücken seit Anstieg der FluchtMigration 2015/16 zunehmend Fragen nach demokratischen Überzeugungen und der politischen Sozialisation der Ankommenden ins Zentrum (Raschke & Westle, 2018). Meinungsbildend im österreichischen Diskurs ist dabei vor allem die Freiheitliche Partei Österreichs [FPÖ] (2019), die, anders als die Politikwissenschaftler Valchars und Bauböck (2021), das Demokratiedefizit nicht aufseiten des österreichischen Staates und dessen Wahlrechtsregime verorten, sondern das Bild demokratiefeindlicher FluchtMigrant*innen prägt (kritisch dazu: Marquart, 2013; Weidacher, 2020). Empirisch belegbar sind diese Thesen jedoch nicht. Wenngleich politische Einstellungen von FluchtMigrant*innen wissenschaftlich bislang nur rudimentär untersucht wurden, arbeiten Eva Raschke und Bettina Westle (2018) anhand der Daten des European Social Survey [ESS] von 2012 heraus, dass FluchtMigrant*innen, die in anti-demokratischen Systemen sozialisiert wurden, offen für neue politische Systeme sind. Im Vergleich zu Personen, die in demokratischen Systemen sozialisiert wurden, fällt die Unterstützung demokratischer Werte unter Personen, die persönliche Erfahrungen in und mit anti-demokratischen Systemen haben, sogar deutlich höher aus.

Obgleich Österreich nicht unter den teilnehmenden Nationalstaaten des ESS 2012 ist, decken sich die Ergebnisse mit den Erkenntnissen von Josef Kohlbacher et al. (2017). Im Rahmen einer Studie für die Österreichische Akademie der Wissenschaften [ÖAW] kommen die Autor*innen zu dem Ergebnis, dass 91,3% der insgesamt 900 befragten FluchtMigrant*innen eine Demokratie als ideale Staatsform erachten. Die hohen Zustimmungswerte und demokratischen Überzeugungen widerlegen damit das von der FPÖ

gezeichnete Bild demokratiefeindlicher FluchtMigrant*innen. Dennoch geben Raschke und Westle (2018) zu bedenken, dass (politische) Ausgrenzungserfahrungen – und dazu ist ebenfalls der Ausschluss von Wahlen zu zählen – negative Effekte auf die demokratischen Einstellungen der befragten FluchtMigrant*innen haben. Sabina Achour (2017, S. 28) spricht deshalb von einem „Teufelskreis der Exklusion“. Damit umschreibt sie den Umstand, dass mangelndes Wissen und die Unmöglichkeit der politischen Platzierung und Partizipation dazu führen, dass keine Identifikation mit einem (nationalen) demokratischen System stattfinden kann und dass daraus eine ablehnende Haltung resultieren kann.

FluchtMigrant*innen als Zielgruppe von Demokratiebildung

Nicht zuletzt deshalb rücken FluchtMigrant*innen zunehmend als Zielgruppe politischer Bildungsmaßnahmen in den Blick (Achour, 2017; Ottersbach, 2018). Auch die österreichische Politik nahm dies zum Anlass und führte 2015 die sogenannten Werte- und Orientierungskurse ein. Seit 2017 sind die vom Österreichischen Integrationsfonds [ÖIF] angebotenen Kurse für alle FluchtMigrant*innen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, verpflichtend. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt zunächst auf den Themenblöcken Spracherwerb, Bildung sowie Integration am Arbeitsmarkt. Im Jahr 2022 wurden die bis dahin acht Unterrichtseinheiten auf 24 erhöht und damit auch die behandelten Themen ergänzt und erweitert. Der neue Fokus der Kurseinheiten liegt nunmehr auf freiwilligem Engagement, kulturellen Aspekten des Zusammenlebens sowie auf den Themenfeldern Gleichberechtigung, Frauenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (Bundeskanzleramt Österreich, 2021; ÖIF, 2022). Diese inhaltliche Schwerpunktsetzung, so arbeitet der Soziologe Kenan Güngör (2017) in einer Studie für den ÖIF heraus, wird von den Teilnehmenden als „sehr hilfreich für das Ankommen in der österreichischen Gesellschaft“ (ÖIF, 2021) bewertet. Dennoch prangern Helena Deiß und Nadja Thoma (2024) die normative Gestaltung der Unterrichtseinheiten an. Dass die in den Kursen vermittelten Inhalte auf dem abstrakten Begriff einer Leitkultur und damit einer konstruierten, homogenen österreichischen Gesellschaft fußen, erscheint den Autorinnen nicht nur realitätsfern, sondern durchaus problematisch. Die inhaltliche und programmatische Gestaltung der Kurse, so lässt sich argumentieren, ist weit entfernt von den Grundfesten des Beutelsbacher Konsenses von 1976 – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schüler*innenorientierung –, an welchen sich politische Bildungsarbeit zu orientieren hat. Wenngleich die Ergebnisse von Kenan Güngör (2017) die Orientierung auf die Lernenden im Rahmen der Kurse deutlich werden lässt, können doch zumindest das Überwältigungsverbot und das Kontroversitätsgebot angezweifelt werden.

Doch wie sprechen über eine demokratische Staats- und Gesellschaftsform, wenn die angesprochene Zielgruppe nicht unter den demokratisch Legitimierenden ist? Wie das gleichberechtigte Zusammenleben vermitteln, wenn der Ist-Zustand der österreichischen Demokratie von Demokratie- und damit auch Repräsentationsdefiziten geprägt ist?

Demokratiebildung – Status quo

Eine inklusiv gestaltete, differenzorientierte Demokratiebildung reagiert auf diese Fragen. Das seit 2018 schulisch institutionalisierte Unterrichtskonzept begreift Demokratie nicht nur als Herrschafts-, sondern auch als Gesellschafts- und Lebensform. Demokratie, so die Überzeugung, muss in dynamischen Aus- und Verhandlungsprozessen hergestellt und erneuert, vor allen Dingen aber eingeübt werden (Fahrenwald, 2023; Himmelmann, 2016 [2001]; Richter, 2023). Anders als die Werte- und Orientierungskurse verfolgt Demokratiebildung keinen defizitorientierten Ansatz. Vielmehr überwindet sie ein zielgruppenorientiertes und aufsuchendes Paradigma und erfasst in ihren Bildungsmaßnahmen alle Personen als politische Subjekte, unabhängig von bestimmten Merkmalen wie etwa Herkunft, Religion, Geschlecht, Ability oder aber auch Staatsbürger*innenschaft. Dadurch unterscheidet sie sich auch von Angeboten der (außerschulischen) Politischen Bildung, die sich zunehmend der Kritik ausgesetzt sehen, durch das Fortschreiben eines engen Politikbegriffs lediglich die Mündigkeit von Staatsbürger*innen zu (re-)produzieren und nicht angemessen auf gesellschaftliche Transformationsprozesse zu reagieren (Richter, 2023; Salgado, 2021). Wenngleich Demokratiebildung sich an den Aufgaben – der Vermittlung von Wissen, der Ausbildung von Urteilsfähigkeit sowie der politischen Handlungskompetenz –, Zielen und Arbeitsgrundsätzen Politischer Bildung orientiert, arbeitet sie mit einem weiten Politikbegriff und bricht mit einer institutionenfokussierten Bildungstradition. Das demokratische System wird in der Folge nicht länger als unhinterfragte Instanz, sondern als kritisier- und veränderbar gefasst. Darüber hinaus rücken Individuen und deren Kompetenzen in den Mittelpunkt (Regier, 2023, S. 76). Während es der Demokratiebildung dadurch gelingt, den ihr eingeschriebenen methodologischen Nationalismus zumindest ansatzweise aufzubrechen, lässt sich unter Bezug auf Lisa Gensluckner, Michaela Ralser, Oscar Thomas-Olalde sowie Erol Yildiz (2021, S. 8) jedoch ein methodologischer Individualismus identifizieren. Durch den Fokus auf Individuen und deren Kompetenzen, so merkt auch Regier (2023, S. 76) kritisch an, geraten soziale Positionierungen und damit einhergehende, strukturelle Handlungs(un)möglichkeiten außer Acht. Dass es sich beispielsweise auch bei Schule um einen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen geprägten Raum handelt, so gibt Tilmann Grammes (2023, S. 19) zu Bedenken, wird in der Demokratiebildung bislang nur am Rande reflektiert.

Postmigrantische Perspektiven auf Demokratie(bildung)

Um nicht nur dem methodologischen Nationalismus, sondern auch Individualismus politischer Bildungsmaßnahmen vorzubeugen, plädiert dieser Beitrag für die Erweiterung der Demokratiebildung um eine postmigrantische Haltung. Der vorausgehende, respektive damit einhergehende Perspektivenwechsel hat nicht nur die Demokratisierung der Gesellschaft sowie ihrer (politischen) Institutionen und damit die gleichberechtigte Teil-

habe- und Partizipationsmöglichkeit aller zum Ziel, sondern lenkt den Blick sowohl auf die individuelle als auch auf die gesellschaftliche und strukturelle Ebene.

Das Postmigrantische – eine Einführung

Bevor die Grundsätze und (An-)Forderungen an eine solche Demokratiebildung im Folgenden erörtert werden können, stellt sich zunächst die Frage, was unter dem Begriff des Postmigrantischen zu verstehen ist. Anders als das Präfix zunächst vermuten lässt, ist damit nicht eine Zeit oder ein Raum „nach der Migration“ gemeint. Erol Yıldız (2019, S. 15) versteht darunter vielmehr eine erkenntnistheoretische Wende, die mit bisherigen, eurozentrischen Blickwinkeln, Perspektiven und Denkmustern radikal bricht. Im Sinne einer kontrapunktischen Lesart – gegen den Strich lesend – wird FluchtMigration neu gedacht. Sie wird nicht länger als Abweichung von der Norm, sondern als ein seit jeher prägendes und für Gesellschaften konstitutives Moment, als gesellschaftlicher Ist-Zustand entworfen. Gängige, binäre Differenzierungs-, Kategorisierungs- und damit auch Hierarchisierungspraktiken zwischen einem imaginierten Wir und den Anderen, zwischen ein- und neu-, respektive mehrheimischen Personen werden benannt, anerkannt und dekonstruiert. Um bislang marginalisiertes Wissen und fluchtMigrantische Perspektiven nicht nur in den Mittelpunkt der Analyse zu nehmen, sondern als deren Ausgangspunkt zu begreifen, bedarf es einer „postmigrantischen Alphabetisierung der Gesellschaft“ (Yıldız, 2021, S. 36). Im Zuge dieser Alphabetisierung, so argumentiert neben Erol Yıldız auch Severin Frenzel (2021, S. 385), müssen Bildungsangebote transformiert sowie Lehr- und Lernprozesse neu gedacht werden.

(An-)Forderungen einer postmigrantischen Demokratiebildung

Eine postmigrantische Demokratiebildung, so meine Überzeugung, stellt die Grundlage für die Entwicklung eines postmigrantischen Selbstverständnisses in den Wissenschaften, der Politik und Gesellschaft dar. Erst wenn Menschen – mit und ohne österreichische Staatsbürger*innenschaft, mit oder ohne politisches Amt, mit oder ohne FluchtMigrationserfahrungen – sich des postmigrantischen Ist-Zustands der Gesellschaft bewusst sind, können sie entsprechend urteilen und handeln. Um mit Sabine Reitz (2017, S. 50) zu sprechen, ist eine postmigrantische Demokratiebildung damit gleichermaßen Vision wie Handlungsempfehlung. Sie imaginiert eine Demokratie, die um die Vielfalt und Differenz der Gesellschaft weiß und auf gesellschaftliche Transformationsprozesse reagiert, um Demokratie- als auch Repräsentationsdefiziten entgegenzuwirken. Um dieser Vision entsprechend zu handeln, orientiert sich die postmigrantische Demokratiebildung zunächst an den Grundsätzen des Unterrichtsprinzips. Sie fasst alle Menschen als Zielgruppe in den Blick und operiert mit einem weiten Politik- und Demokratiebegriff. Darüber hinaus verschreibt sie sich den Aufgaben politischer Bildungsmaßnahmen – Vermittlung von Wissen, Ausbildung von Urteilsfähigkeit und Entwicklung von Handlungsfähigkeit – und orientiert sich an den Vorgaben des Beutelsbacher Konsenses. Wie politische Bil-

maßnahmen unter einem postmigrantischen Vorzeichen jedoch neu gedacht werden kann, lässt sich unter Bezug auf Nancy Flowers (2004) an drei Dimensionen aufzeigen. Infolgedessen verstehe ich den Entwurf einer postmigrantischen Demokratiebildung als (1) Bildung über eine postmigrantische Haltung, (2) Bildung durch eine postmigrantische Haltung und (3) Bildung für eine postmigrantische Haltung.

Der Punkt ‚Bildung über eine postmigrantische Haltung‘ fokussiert zunächst die Bereitstellung und die Vermittlung von Wissen über das Postmigrantische. Es gilt zu klären, was unter dem Begriff zu verstehen ist, woher dieser kommt, wer ihn wann, wie und mit welchem Hintergrund verwendet. Dies umfasst ebenfalls die Identifikation und Dekonstruktion hegemonialer Denk- und Handlungsmuster. Neben der Vermittlung ist der postmigrantischen Demokratiebildung jedoch auch die Produktion von Wissen eingeschrieben. In der Folge blickt sie durch eine postmigrantische Brille auf gesellschaftliche und politische Fragestellungen und macht fluchtMigrantische Erfahrungen und Lebensrealitäten zu ihrem inhaltlichen Ausgangspunkt. Im österreichischen Kontext bedeutet dies beispielsweise eine Auseinandersetzung mit der FluchtMigrationsgeschichten und dem Bekenntnis, ein Einwanderungsland zu sein. Neben dem Blick in die Geschichte bedarf es auch eines Blickes auf den Ist-Zustand der österreichischen Gesellschaft. Dies umfasst das Aufzeigen von deren Heterogenität und das Benennen der daraus resultierenden (Teilhabe-)Konflikte, die sich in Form sozialer Ungleichheiten sowie Diskriminierungserfahrungen entlang von Strukturkategorien wie beispielsweise Race, Klasse, Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung, (Nicht-)Behinderung, Religion, Herkunft, ethnische Zugehörigkeit äußern. Infolgedessen werden de-thematisierte Macht- und Herrschaftsverhältnisse zur Sprache gebracht. Gleichmaßen wie hegemoniale Differenzierungspraktiken – eigen/fremd, mit/ohne Migrationshintergrund – wird auch der Nationalstaat und damit einhergehend das Staatsbürger*innenschafts- und Wahlrechtsregime als menschengemachtes Konstrukt benannt. Durch diese ‚Bildung über eine postmigrantische Haltung‘ kann in der Folge nicht nur der methodologische Nationalismus, sondern auch der methodologische Individualismus überwunden werden.

‚Bildung durch eine postmigrantische Haltung‘ wiederum fasst die geteilten Werte ins Auge. Dazu zählt neben der Haltung und Positionierung der Lehrenden auch die didaktische Gestaltung der Lehr- und Lernprozesse. Eine postmigrantische Demokratiebildung wird ihrem Anspruch nur dann gerecht, wenn Lehrende eine postmigrantische Geisteshaltung einnehmen und diese leben. Um ein hegemoniales Sprechen-über aufzubrechen, bedarf es einer Kooperation mit bestehenden post- und/oder fluchtMigrantisch geprägten Bildungseinrichtungen und Institutionen. Darüber hinaus müssen Demokratiebildner*innen mit FluchtMigrationserfahrungen affirmativ gefördert werden. Eine postmigrantische Haltung schlägt sich jedoch auch in der methodischen Gestaltung der Bildungsangebote nieder. Methoden werden in der Folge stetig auf ihren inklusiven, antidiskriminierenden und intersektionalen Charakter hin geprüft und – gemeinsam mit Teilnehmenden – reflektiert sowie gegebenenfalls transformiert. Dies bildet die Grund-

lage für die Entstehung eines geschützten Raums, in welchem der Austausch von Erfahrungen und der (Selbst-)Reflexion über Differenzen hinweg möglich ist.

An diesem Punkt wiederum setzt die Dimension der ‚Bildung für eine postmigrantische Haltung‘ an und lenkt den Blick auf die Handlungsebene. Eine postmigrantische Demokratiebildung, die Wissen über postmigrantische Realitäten vermittelt und Räume des Austausches ermöglicht, bietet empowerndes Potenzial für all jene, die in hegemonialen Denkmustern und Narrativen unter- oder gar nicht repräsentiert sind. Sie erkennt nicht nur Unmöglichkeiten an, sondern zeigt Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten auf. Dadurch und indem sie auf den konstruktiven Charakter von Kategorien und Regimen hinweist, stärkt sie (politische) Handlungsfähigkeiten. Diese Fähigkeiten können sich im Wahrnehmen von und im Einstehen für (politische) Rechte sowie im aktiven Einschreiben in Politik, Gesellschaft oder Geschichte äußern. Privilegierte Menschen, respektive Menschen ohne Flucht/Migrationsgeschichte wiederum fordert die postmigrantische Demokratiebildung zum aktiven Zuhören, zur bewussten Auseinandersetzung und Weiterbildung sowie zur Reflexion der eigenen Positionierung als auch der von anderen auf. Denn erst wenn Privilegien, aber auch soziale Ungleichheiten, Differenzkategorien und Diskriminierungserfahrungen, Kategorisierungspraktiken, Macht- und Herrschaftsverhältnisse als solche identifiziert und benannt sind, können sie (an)erkannt und dekonstruiert werden. Ausgehend davon können Privilegierte ihre (politischen) Handlungsmöglichkeiten nutzen, um solidarisch und über soziale Positionierungen und Differenzierungen hinweg für eine gerechte(re) und demokratische(re) Zukunft einzutreten.

***Durch unbedingte Solidarität zu einem gerechte(re)n Wahlrechtsregime?
Ein Gedankenexperiment.***

Lea Sussemichel und Jens Kastner (2021) fassen dies im Begriff der „Unbedingten Solidarität“ zusammen. Menschen setzen sich in der Folge nicht nur für sich selbst, ihre eigenen Rechte und Positionen ein, sondern sehen es als zwingende Notwendigkeit, Allianzen zu bilden und gemeinsam zu kämpfen. Um aufzuzeigen, welches Potenzial eine solche Solidarität in Österreich haben könnte, möchte ich erneut auf das Wahlrechtsregime und das Demokratiedefizit zurückkommen. Dass bestimmte Personengruppen vom Wahlrecht und dem Begriff des Volkes ausgeklammert werden, ist weder ein zeitgenössisches noch ein österreich-spezifisches Phänomen. So durften sich im vielzitierten demokratischen Idealtypus, der attischen Polis, lediglich reiche, männliche Bürger an der Entscheidungsfindung beteiligen. Frauen und Sklaven, aber auch sogenannte Fremde, d. h. Personen, die nicht in der Polis geboren worden sind, blieben von der Stimmabgabe ausgeschlossen. Die sogenannte Fremdheit lässt sich als Grundstein und Vorläufer moderner Wahlrechtsregime interpretieren, in welchen Staatsbürger*innenschaft weiterhin als wichtig(st)es Kriterium demokratischer Legitimität herangezogen wird (Doll & Hahnenkamp, 2020, S. 413). Gleichzeitig führt der Umstand, dass das Frauenwahlrecht – mit Ausnahme von Brunei und dem Vatikanstaat – mittlerweile in allen offiziell anerkannten National-

staaten zumindest auf dem Papier verankert ist, zwei Dinge vor Augen: Weder politische Partizipation noch das Recht auf Teilnahme an Wahlen sind natürlich gegeben und einer demokratischen Gesellschaft- und Staatsordnung inhärent eingeschrieben. Vielmehr bedarf es der stetigen Aus- und Verhandlung demokratischer Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten. Diesen Bottom-up-Prozessen wiederum wohnt das Potenzial inne, gesetzlich festgeschriebene Zugangskriterien anzuprangern, zu de-legitimieren und neu zu formen (Demirović, 2023). Wenngleich der Blick in die Geschichte auch zeigt, dass dem Aufweichen von Zugangsbeschränkungen jahre-, wenn nicht jahrzehntelange Kämpfe vorangehen, erscheint die Öffnung des österreichischen Wahlrechtsregimes für Nicht-Staatsbürger*innen im Allgemeinen sowie für Drittstaatenangehörige im Speziellen durch die Etablierung einer unbedingten Solidarität dennoch nicht unerreichbar.

Conclusio

Die Anwesenheit von FluchtMigrant*innen in der (österreichischen) Gesellschaft ruft „die Frage nach dem demokratischen ‚Wir‘“ (Angeli, 2018, S. 22) hervor. FluchtMigration zeigt die Grenzen des demokratischen Systems auf und führt deutlich vor Augen, dass demokratische Werte wie Gleichheit, Freiheit und politische Partizipation nicht auf alle gleichermaßen zutreffen (Schmalz, 2022). Eine postmigrantische Demokratiebildung setzt an diesem politischen und gesellschaftlichen Ist-Zustand an und verfolgt das Ziel der politischen Bildung aller Personen, unabhängig von Strukturkategorien wie etwa Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer Zugehörigkeit oder Staatsbürger*innenschaft. Sie fußt auf der Überzeugung, dass es sich bei FluchtMigration nicht um eine Herausforderung für demokratische Nationalstaaten handelt. Als Herausforderung der (österreichischen) Demokratie werden vielmehr die Mobilisierung des Themenbereiches durch Populist*innen sowie die Differenz von demokratischem Selbstverständnis und Ist-Zustand begriffen (Eigenmann et al., 2016, S. 6). Im Rahmen postmigrantischer Demokratiebildung werden Differenzkategorien und damit einhergehende Teilhabe-, Partizipations- und Handlungs(un)möglichkeiten benannt, anerkannt und dekonstruiert. Durch diese Bewusstseinsbildung, die sowohl Marginalisierte als auch Privilegierte, Neu-, Ein- sowie Mehrheimische gleichzeitig adressiert, können Räume der Solidarisierung über Differenzen hinweg entstehen. Wie das Gedankenexperiment des Wahlrechtsregimes gezeigt hat, kann dies Bottom-up-Prozesse anstoßen, die Veränderungen politischer Institutionen und Regime zur Folge haben (können). Postmigrantische Bildungsangebote können dadurch zu einem wichtigen Baustein einer demokratisch(er)en Gesellschaft werden und einen bedeutsamen Beitrag für eine gleichberechtigte, demokratische Teilhabe aller Menschen (in Österreich) leisten.

Literatur

- Achour, S. (2017). Muslimische Lernende zwischen Exklusion – Inklusion – Integration: Quo vadis politische Bildung. In S. Achour & T. Gill (Hrsg.), *Was politische Bildung alles sein kann: Einführung in die politische Bildung* (S. 21–33). Wochenschau Verlag.
- Achour, S., & Gill, T. (2021). Vorwort. In S. Achour & T. Gill (Hrsg.), *Politische Bildung und Flucht: Ein Paradigmenwechsel?!* (S. 9–12). Wochenschau Verlag.
- Angeli, O. (2018). *Migration und Demokratie: Ein Spannungsverhältnis*. Reclam.
- Bundeskanzleramt Österreich. (2021, November 9). *Bundesministerin Raab: Werte- und Orientierungskurse werden ab 2022 deutlich ausgebaut*. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2021/11/bundesministerin-raab-werte-und-orientierungskurse-werden-ab-2022-deutlich-ausgebaut.html>
- Castles, S., & Miller, M. J. (1998). *The Age of Migration*. Macmillan Education UK. <https://doi.org/10.1007/978-1-349-26846-7>
- Deiß, H., & Thoma, N. (2024). Deutsch- und Wertekurse als Orte sprachlicher und politischer Bildung? Perspektiven junger Geflüchteter in der österreichischen Migrationsgesellschaft. In D. Harion, N. Morrys & T. Lenz (Hrsg.), *Diversität und Demokratie: Gesellschaftliche Vielfalt und die Zukunft der sprachlichen und politischen Bildung* (S. 199–209). Wochenschau Verlag.
- Demirović, A. (2023). Politische Bildung und Demokratie. In M. S. Baader, T. Freytag & K. Kempa (Hrsg.), *Politische Bildung in Transformation – Transdisziplinäre Perspektiven* (S. 25–42). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41027-8_3
- Doll, I. & Hahnenkamp, P. (2020). Nicht alle haben die Wahl. *Zeitschrift für kritik – recht – gesellschaft*, 4, 413. <https://doi.org/10.33196/juridikum202004041301>
- Eigenmann, P., Geisen, T., & Studer, T. (2016). Migration und Minderheiten als Herausforderung in demokratischen Gesellschaften. In P. Eigenmann, T. Geisen & T. Studer (Hrsg.), *Migration und Minderheiten in der Demokratie* (S. 3–14). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-04031-4_1
- Fahrenwald, C. (2023). Demokratiebildung. In M. Huber & M. Döll (Hrsg.), *Bildungswissenschaft in Begriffen, Theorien und Diskursen* (S. 83–89). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37858-5_11
- Fischer, T., Goebel, S., Kießling, F., & Treiber, A. (2018). Einleitung. In S. Goebel, T. Fischer, F. Kießling, & A. Treiber (Hrsg.), *Flucht Migration und gesellschaftliche Transformationsprozesse* (S. 1–18). Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-19036-1>
- Flowers, N. (2004). How to Define Human Rights Education? A Complex Answer to a Simple Question. In V. B. Georgi & M. Seberich (Hrsg.), *International perspectives in human rights education* (S. 105–128). Bertelsmann Foundations.
- FPÖ (2019). *Parteiprogramm*. FPÖ. Die soziale Heimatpartei. <https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/heimat-identitaet-und-umwelt/>
- Frenzel, S. (2021). Ausblick – Bildung für die postmigrantische Gesellschaft. In *Lebenswelten jenseits der Parallelgesellschaft: Postmigrantische Perspektiven auf Integrationskurse in Deutschland und Belgien* (S. 377–401). transcript.
- Gensluckner, L., Ralsler, M., Thomas-Olalde, O., & Yıldız, E. (Hrsg.) (2021). Wirklichkeit anders lesen – Worte zur Einleitung. In *Die Wirklichkeit lesen: Political Literacy und politische Bildung in der Migrationsgesellschaft* (S. 7–17). transcript.
- Grammes, T. (2023). Was ist Demokratiepädagogik. *Journal für politische Bildung*, 13(2), 18–19. <https://doi.org/10.46499/2233.2690>
- Güngör, K. (2017). *Evaluierung der Werte- und Orientierungskurse des ÖIF*. ÖIF. https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/Evaluierung_Wertekurse.pdf

- Himmelmann, G. (2016). *Demokratie Lernen: Als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform ; ein Lehr- und Studienbuch* (4. Auflage). Wochenschau Verlag.
- Jäger, M., & Wamper, R. (2017). Verengung, Verschiebung und Auslassung. Anmerkungen zum Fluchtdiskurs 2015/2016 in den Medien. In B. Gruber & V. Ratković (Hrsg.), *Migration. Bildung. Frieden: Perspektiven für das Zusammenleben in der postmigrantischen Gesellschaft* (1. Auflage, S. 87–102). Waxmann.
- Kohlbacher, J., Rasuly-Paleczek, G., Hackl, A., & Bauer, S. (2017). *Wertehaltungen und Erwartungen von Flüchtlingen in Österreich – Executiv Summary*. Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Marquart, F. (2013). Rechtspopulismus im Wandel. Wahlplakate der FPÖ von 1978–2008. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft [ÖZP]*, 42(4), 353–271.
- ÖIF (Hrsg.) (2017). Menschen türkischer Herkunft in Österreich. Im Gespräch mit Kenan Güngör. *Perspektiven Integration*, 03, 4–9.
- ÖIF (2021). *Werte- und Orientierungskurse für Flüchtlinge werden ab 2022 ausgebaut*. ÖIF. <https://www.integrationsfonds.at/der-oeif/presse/detail/werte-und-orientierungskurse-fuer-fluechtlinge-werden-ab-2022-ausgebaut-1-15457/>
- Österreichischer Integrationsfonds [ÖIF] (2022). *Folder Werte- und Orientierungskurse*. https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/WOK_Folder_2021.pdf
- Ottersbach, M. (2018). Politische Bildung mit marginalisierten Jugendlichen. In S. A. Rohloff, M. Martínez Calero & D. Lange (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft* (S. 107–119). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21040-3_8
- Raschke, E., & Westle, B. (2018). Flitterwochen mit der Demokratie? Politische Unterstützung von Migrantinnen in Europa. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), 321–340. <https://doi.org/10.1007/s12286-018-0381-1>
- Regier, S. (2023). *Den Staat aus der Gesellschaft denken: Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung*. transcript.
- Reitz, S. (2017). Menschenrechtsbildung als Beitrag zu Empowerment und Solidarität. In S. Achour & T. Gill (Hrsg.), *Was politische Bildung alles sein kann: Einführung in die politische Bildung* (S. 46–59). Wochenschau Verlag.
- Richter, E. (2023). Was ist Demokratiebildung? *Journal für politische Bildung*, 13(2), 14–17. <https://doi.org/10.46499/2233.2690>
- Salgado, R. (2021). In der Demokratie gibt es keine Ausnahme. Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. In L. Gensluckner, M. Ralser, O. Thomas-Olalde & E. Yıldız (Hrsg.), *Die Wirklichkeit lesen: Political Literacy und politische Bildung in der Migrationsgesellschaft* (S. 43–50). transcript.
- Schmalz, D. (2022, November 28). Migration und Demokratie. *Bundeszentrale für Politische Bildung*. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/514337/migration-und-demokratie/>
- SOS Mitmensch (2024). *Pass Egal Wahl*. SOS Mitmensch. <https://www.passegalwahl.at/pages/passegalwahl/home>
- Stadt Wien. (2024). *4.6 Fehlendes Wahlrecht und Demokratiedefizit*. Integrationsmonitor 2023. <https://www.wien.gv.at/spezial/integrationsmonitor/gleichstellung-and-partizipation/fehlendes-wahlrecht-und-demokratiedefizit/>
- Susemichel, L., & Kastner, J. (2021). Unbedingte Solidarität. Differenz und nicht Gleichheit können Voraussetzung für solidarische Praxis sein. *ila Das Lateinamerika Magazin*, 450, 4–6.
- Valchars, G. (2018, November 11). *Was es für alle bedeutet, dass manche nicht wählen dürfen* (B. Hausbichler) [Interview]. <https://www.derstandard.at/story/2000090897981/was-es-fuer-alle-bedeutet-dass-manche-nicht-waehlen-duerfen>
- Valchars, G., & Bauböck, R. (2021). *Migration und Staatsbürgerschaft*. Österreichische Akademie der Wissenschaften.

- Weidacher, G. (2020). Wo Populisten zu Hause sind: Das Konzept Heimat in rechtspopulistischer Rhetorik am Beispiel der FPÖ. *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, 50(2), 231–258. <https://doi.org/10.1007/s41244-020-00168-x>
- Yıldız, E. (2019). Postmigrantische Lebensentwürfe jenseits der Parallelgesellschaft. In A. Böttcher, M. Hill, A. Rotter, F. Schacht, M. A. Wolf & E. Yıldız (Hrsg.), *Migration bewegt und bildet: Kontrapunktische Betrachtungen* (1. Auflage, S. 13–27). Innsbruck University Press.
- Yıldız, E. (2021). Das Postmigrantische und das Politische. Eine neue Kartographie des Möglichen. In L. Gensluckner, M. Ralser, O. Thomas-Olalde & E. Yıldız (Hrsg.), *Die Wirklichkeit lesen: Political Literacy und politische Bildung in der Migrationsgesellschaft* (S. 21–42). transcript.